

Aber diese Regierung der Großen Koalition kommt nicht zustande, weil eben jene Klässenfragen zugewiesen werden sind — trotz der Sozialdemokratie und gegen sie: aufgegeben worden sowohl von der Bourgeoisie wie von der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie will sie durch eine Große Koalition abstimmen und durchführen. Aber jeder neue Zug führt sie neu und verfehlt.

Die sozialdemokratischen Führer können sich als die Katastrophen der Bourgeoisie, überhaupt keine andere Regierung vorziehen, als die, in der das Bürgertum die entscheidende Rolle spielt, und in der sie, als seine Katastrophen, dessen Befehle auszuführen haben. Hermann Müller hat bereits im Reichstag erklärt, daß eine Regierung ohne Stresemann undenkbar sei. Doch ehe sie ihren parlamentarischen Ruhm wieder erneuert bekommen haben, haben die sozialdemokratischen Unterhändler erneut versucht, an andere Kräfte zu appellieren als an die Chancraft des parlamentarischen Gesandtes.

Fragen der Macht sind fällig. Die Bourgeoisie wird noch entscheiden als bisher sie zu ihren Gunsten beantwortet wenn die Arbeiterklasse nicht ihre Antwort auf sie gibt.

Die Sozialdemokratie versucht auf den Einfluß der außerparlamentarischen Aktion ohne die jedes Anstreben der Vertreter der Arbeiterklasse im Parlament nutzlos wird. So müssen die Massen sich zusammenschließen. Unter Führung der Kommunistischen Partei müssen die sozialdemokratischen Arbeiter: müssen die werktätigen Massen die gleich den Arbeitern von den imperialistischen Trübsal ausgehend werden, sich zusammenschließen.

Der Kongress der Werkschlosser, der den Willen der 14,5 Millionen Arbeiter auszusprechen hat, gegen alle Reaktion, ob ökonomisch, ob sozial, ob kulturpolitisch zu kämpfen, hat das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und allen werktätigen Schichten erneut bekräftigt. Es gilt dieses Bündnis jetzt zu bekräftigen. Es gilt das Arbeiterbündnis zugunsten der Arbeiterklasse zu verteidigen.

Keine Regierung des Reichstages! Fort mit der Koalitionspolitik! Auflösung des Reichstages! Weg mit der Reichswehr! Vermittlung des Reichstages! Das sind die Forderungen, unter denen die Massen in dieser Regierungskrise sich zusammenschließen.

Der Granatenwindel ein anglo-imperialistisches Mandat

Dieses Urteil muß der ruhende und kommunistenfeindliche Volksstaat über die Granatenkampagne der SPD fällen. Er spricht unter dem Druck der Durchsichtigkeit des Mandats:

Im übrigen ist es doch ganz offenbar, daß England von langer Hand einen Krieg gegen Rußland vorzubereiten im Werke ist; seine Politik läuft darauf hinaus, Deutschland auf seine Seite zu bringen, sei es um durch deutsches Reichsmaterial diesen Krieg zu lösen, sei es um Deutschland als Kriegsschauplatz zu benutzen. Das Geschrei über die deutsch-rußischen Beziehungen ist praktisch nichts anderes als eine Unterbreitung jener englischen Absichten. Wir können der Bourgeoisie nicht ganz unrecht geben, die meint, daß die vom Manchester Guardian zuerst gebrachten und vom Vorwärts in großer Aufmachung nachgedruckten sogenannten „Entwürfe“ auf die Vertuschung der von England geleiteten technischen Vorbereitungen in den Nachbarstaaten der Sowjetunion zum Krieg gegen die letzte hinauszielen.

Die Feststellungen müssen auf Grund der Tatsachen selbst von diesen Leuten zugegeben werden, die allerdings im Gegensatz zur SPD erkannt haben, daß die Kommunisten mit Festsetzungen nicht zu erledigen sind.

Ein neuer Fememord

Wie die Berliner Volkszeitung aus Darmstadt meldet, ist dort auf bisher unerklärliche Weise der 28jährige Stahlwerks-Gastarbeiter Bernhard verschwinden. Bernhard gehörte dem Stahlhelm als Jugendführer an und ist von einer Stahlwerkseinsatzleitung in der vorigen Woche wieder in seine Wohnung zurückgeführt, noch auf dem städtischen Wochenzug, wo er beschützt ist, wieder erschienen. Ein Verschwinden Bernhard aus Gründen dienstlicher Verbindungen kommt nicht in Frage. In Darmstadt wird das Gerücht verbreitet, daß die Gründe auf politischem Gebiet zu suchen seien.

Sollte sich die Meldung bestätigen, so ist die Wahrscheinlichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß es sich um einen neuen Fememord handelt. Die Tatsache, daß selbst die bürgerliche Berliner Volkszeitung diese Vermutung anspricht, ist Grund genug, eine sofortige Aufklärung und Untersuchung seitens der Arbeiterklasse zu fordern und durchzuführen. Nach den Erfahrungen, die Fememörder in Deutschland zuletzt in Landsberg mit der Klassenjustiz gemacht haben, ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß in gewissen Wehrverbänden auch heute noch eine Feme gegen politische Verdächtige geübt wird.

Die faschistischen Vorkämpferorganisationen bestehen trotz Verbotes fort

Berlin, 20. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Die Zeitungsnotizen melden, daß die Hausdurchsuchungen bei der verbotenen Olympia ergeben haben, daß die Olympia trotz aller Verbote fortbesteht. Die Fortsetzung der aufgelösten Olympia verfügte über einen großen Vorrat von Waffen der Reichswehr, die erst in jüngster Zeit in ihrem Besitz gelangt sein können.

Grütze-Lehder entlastet Wulle

Berlin, 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der völkische, feinerzeit wegen Fememords zu 8 Jahren Gefängnis verurteilte Grütze-Lehder soll angeblich seine Aussage zurückgezogen haben, wonach er durch die völkischen Angeklagten Wulle und Kube zu dem Fememord angezettelt worden sei. Der Oberstaatsanwalt Sephe hat Grütze-Lehder täglich 6 bis 8 Stunden verhört. Mit dieser Methode hat er scheinbar erreicht, daß Grütze-Lehder zum Jammergeschrei ist.

Vollkommener Zusammenbruch der Völkischen in Thüringen

Wie das Jenaer sozialdemokratische Volk meldet, ist es zwischen der ursprünglich acht Mann betragenden und inzwischen durch den Abtritt von 6 Abgeordneten zur Partei des Herrn Dinter auf 2 Mann zusammengeschmolzenen Fraktion der Deutschvölkischen Freiheitspartei und dem völkischen Führer „Groß-Thüringens“ zu neuen Differenzen gekommen. Der Führer hatte sich nämlich bereit erklärt, sich der bürgerlichen Einheitsliste bei den kommenden Wahlen anzuschließen. Dagegen rebellierten die beiden deutschvölkischen Abgeordneten mit dem Ergebnis, daß der Landesführer, Lehder, Front aus Genuß, sein Amt niederlegte. Die deutschvölkische Jenaer Zeitung stellt fest, daß damit die Kampffraktion jetzt völlig isoliert innerhalb der völkischen Gesamtbewegung Thüringens dasteht und keinerlei Aussicht mehr hat, sich in den nächsten Thüringer Landtag hineinzumanteln.

Die künftige Entwicklung der völkischen Bewegung — nach rechts — ist bald auf dem Fußpunkt abhängig.

Völkische Ehrenkoffantentäter werden hernadigt

Hamburg, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der völkische Ehrenkoffantentäter gegen die Hamburger Volkspolizei und die Wohnung des Genossen Thälmann, der zu Rechtens zurückerufen worden ist, wurde vom Hamburger Senat zu Festung verurteilt. Was wäre wohl mit einem Kommunisten geschehen, der in solcher Missetat gegen irgendeinen politischen Unternehmenden hätte. Wahrscheinlich, die deutsche Klassenjustiz ist nicht zu überreifen.

Das Zensurgesetz in Tübingen

München, 20. Dezember. Die Münchener Polizei hat in der Münchener Buchhandlung Kleber folgende Bücher widerrechtlich beschlagnahmt: „Felix Halle: Wie verteidigt sich ein Arbeiter vor Gericht.“ „Wapphäuser: Kinderjagen und kein Ende.“ „Gang: Freigabe der Arbeiter in Rußland.“ Außerdem wurde die Zeitschrift, in der die linksgerichteten Verlage sich gegen das Gesetz „Schmutz und Schand“ geäußert haben, beschlagnahmt.

Erst am Freitag hat der Reichsrat dem Schmutz- und Schmutzgesetz zugestimmt. Und noch ehe das Schmutzgesetz im Reichsanzeiger veröffentlicht ist und Rechtskraft erhält, beginnt die schwarze Reaktion mit der Gasstationierung der freigesetzten und politischen Arbeiterliteratur. Sie kümmert sich dabei nicht im geringsten darum, daß die Rechtskraft noch gar nicht Gesetzeskraft erlangt hat.

Die rechtswärtige Beschlagnahme der in obiger Meldung genannten Bücher in der Münchener Buchhandlung Kleber zeigt, was noch alles auf Grund des Schmutzgesetzes zu gewärtigen ist. Es muß daher aus neue betont werden, daß das Gesetz ohne die Sozialdemokratie nicht hätte zustande kommen können. Auch im Reichsrat hätte die Sozialdemokratie in der preussischen Regierung darauf bestanden, daß die Vertreter Preussens im Reichsrat gleich den Vertretern Albedys, Wulfs und Meißners die Schwere des Einspruchs zu erheben hätte. Sie haben das nicht getan in Rücksicht auf den Koalitionsgenossen vom Zentrum, und das, trotzdem sich die preussische Akademie der Wissenschaften gegen das Schmutz- und Schmutzgesetz erklärte.

Die sozialdemokratische Presse unterscheidet entweder das schandbare Verhalten der Vertreter Preussens im Reichsrat, oder sie vertritt, wie der Vorwärts, die Annahme des Schmutzgesetzes im Reichsrat unantastbar in einer Weise zu verteidigen. Sie hat dazu alle Veranlassung. Die Haltung der preussischen Sozialdemokratie im Reichsrat war eine volle Unterstützung der Dummheit der Sozialdemokratie.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die SPD-Führer beim Abschluß der „Stilles Koalition“ das Schmutz- und Schmutzgesetz nicht in die Abmachungen einbezogen und dadurch den schwarzen Reichstagsler Marx freigestellt, sich gemeinsam mit Kälz eine Rechtsmacht für das niederträchtigste Zensurgesetz zu verschaffen. Wir helfen erneut fest, die SPD-Führer wie sie heute zu selbe, auf diese Tatsache einzugehen.

Die Arbeiterklasse und die Intellektuellen dürfen — wenn die „Segnungen“ des reaktionären Zensurgesetzes sich zeigen werden — nicht vergessen, daß die SPD-Führer sich als Schrittmacher aus dieses Unterdrückungsgesetzes betätigt haben.

Schiedspruch im sächsischen Transportarbeiter

Die Unternehmern im sächsischen Transportarbeiter hatten zum 21. Dezember sowohl den Lohn- wie auch den Manteltarif für die sächsischen Transportarbeiter gekündigt. Sie forderten einen 10prozentigen Lohnzuwachs sowie erhebliche Verbesserungen des bisherigen Manteltarifs. Da in den freien Verhandlungen am 8. Dezember, in denen die Verhandlungskommission der Transportarbeiter eine Erhöhung der Löhne und Verbesserungen des Manteltarifs forderte, eine Einigung nur in wenigen Punkten erzielt werden konnte, vereinbarten die Parteien, vor einem Schlichter eine Weiterverhandlung.

Diese Verhandlungen wurden Ende voriger Woche im sächsischen Arbeitsministerium geführt. Es wurde schließlich ein Schlichterspruch gefällt, der den alten Manteltarif, soweit er nicht durch Vereinbarungen der beiden Parteien abgeändert worden ist, bis zum 31. Dezember 1928 bestehen läßt. Den Lohnzuwachs der Unternehmern kommt dieser Schlichterspruch ebenfalls nicht entgegen; er heißt vielmehr ab 1. April 1927 eine wöchentliche Zulage von 1, in der Ortsklasse II von 1,50 M., in der Ortsklasse III von 1 M., und in der Ortsklasse IV von 75 Pf. Das Lohnabkommen soll bis zum 31. Dezember 1927 gelten. Die Erlösungsfrist zu diesem Schlichterspruch läuft bis zum 23. Dezember.

Embörrung bei den Hafenarbeitern

Hamburg, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Sektion der Hafenarbeiter des Deutschen Verkehrsverbands nahm einstimmig einen Mißtrauensantrag gegen die Lohnkommission an wegen der Annahme eines skandalösen Schlichterspruchs durch die Leitung des Deutschen Verkehrsverbands.

Preisgekrönte „Friedensstifter“

Aus der Galerie der „friedfertigen“ Nobelpreisträger.

Bild 3



„Wodurch haben Sie sich um den Frieden verdient gemacht?“ Stresemann: „Wahrscheinlich durch meine Zustimmung zu Artikel 16: Wenn sich ein Bundesstaat von Rußland bedroht fühlt, haben ihn die übrigen Staaten mit allen Mitteln gegen den Frieden zu unterstützen.“

Die Aussperrung in der Schuhindustrie

Berlin, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Weihenstephaner Schuhfabrikanten haben bereits 3000 Arbeiter ausgesperrt. Sie haben nicht einmal den für die Aussperrung vorgeschriebenen Termin abgewartet. Nur eine Firma hat sich mit einer Lohnherabsetzung von 5 bis 30 Prozent einverstanden erklärt. Der Versuch der Unternehmer, Streikbrecher zu lassen, ist gescheitert. Die Schuharbeiter haben geschlossen im Kampf. Auch die Generalversammlung des Deutschen Schuhfabrikantenverbandes und des Verbandes der deutschen Holzschuhfabrikanten in Leipzig haben beschließen, die Belegschaften auszusperren. Das bedeutet die Aussperrung von weiteren 20 000 Schuharbeitern.

Halle, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Seit Freitag früh sind in Weihenstephan 3 800 Arbeiter ausgesperrt. Der Schuhfabrikantenverband hat trotz der Verhandlungen in Berlin und des Schlichterspruchs auf der Kündigung beharrt. Nur eine einzige Firma hat sich mit einer Lohnherabsetzung von 5 bis 30 Prozent einverstanden erklärt. Die Versuche verschiedener Fabrikanten, einzelne Arbeiter als Streikbrecher zu gewinnen, sind gescheitert. Die Arbeiterklasse steht geschlossen zu ihren Forderungen und auch die Arbeiter der Kleinfabriken, die nicht dem Fabrikantenverband angeschlossen sind, werden sich aller Voraussicht nach in die Kampffront einreihen.

Streik im Saargebiet?

Berlin, 21. Dezember. Wie die Morgenblätter aus Saarbrücken melden, hat die Regierungskommission die Forderungen der Staatsarbeiter auf Gewährung einer Ausgleichszulage abgelehnt. Die Staatsarbeiterorganisationen werden heute dazu Stellung nehmen. Man erwartet einen Streikbescheid.

Saarbrücken, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Der Streik der Eisenbahner geht weiter. Es haben sich auch die Eisenbahner von Neunkirchen der Bewegung angeschlossen.

Neue Kündigungen im Bergbau

Auf der Zeche Adolf v. Hansemann, Wengde, wurden am 15. Dez. wegen „Betriebsstillhaltung“ und „Arbeitsmangel“ 70 zum 31. Dez. 22 Bergarbeiter gekündigt. Obgleich gerade im Kohlenbergbau ungeheure Arbeitslosigkeit verfahren werden, sagt das Beispiel, daß die verheerende Ausbreitung ihrer ungenutzten Kraftwerke nicht ohne daß es höhere Stellen ist, durch Produktionsrückgang nicht nur die Zahl der arbeitenden Kumpels zu erhalten, sondern darüber hinaus auch einen weiteren Teil der großen Erwerbslosenarmee in den Produktionsprozess wieder einzusetzen.

Erwerbslosen Demonstrationen in Stettin

Stettin, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Gestern demonstrierten in Stettin 3-4000 Erwerbslose vor der Stadtkommissionenversammlung, in der Erwerbslosenfragen auf Zahlung einer Weihnachtsbeihilfe behandelt wurden. Alle Anträge wurden abgelehnt. 4 Stunden lang die Demonstrierenden im ständigen Regen. Nach Schluß der Versammlung griff die Polizei die Demonstranten mit dem Gummistock an und zahlreiche Personen wurden verhaftet.

Kommunistische Abgeordnete sind in Bayern vogelfrei

München, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im bayerischen Landtag wurde die Wiederherstellung der Immunität der Genossen Schaffer und Göh gegen die Straflosigkeit wurde ein Gegenentwurf der „Freien Vereinigung“ einmütig von den Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Nicht gebracht der die Ausschaffung der Diäten an diejenigen Abgeordneten, die sich im Ausland befinden, von der Genehmigung der Präsidien abhängig macht. Das bedeutet einen Tatbestand für die Genossen Schaffer und Göh die von der Klassenjustiz gezwungen sind, sich im Ausland aufzuhalten.

Schandurteil im Heidelberger Kommunistenprozess

Leipzig, 20. Dezember. (Telefon.) Im Heidelberger Kommunistenprozess wurden heute abschließend die Verhandlungen des Hochverrats, Jugendverbrechen gegen das Republikanische Erregungsorgan und die schweren Diebstahls der Angeklagten Kühne und Klumpp zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und 200 Mark Geldstrafe; Fröhler und Kettmann zu je einem Jahr drei Monaten Zuchthaus und 120 Mark Geldstrafe; Wimmer zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und 120 Mark Geldstrafe; Weber, Breitenstein und Kronberg wegen Beihilfe zur Vorbereitung des Hochverrats zu je zehn Monaten Gefängnis und 60 Mark Geldstrafe.

Vom Tage

Bei lebendigem Leibe verbrannt. Im Hochstufwerk hätte Kraft in Stolzenhagen-Krahnstedt fürste der Arbeiter Alfred Lindhorst, ein Vater von vier Kindern, in den glühenden Ofen und verbrannte.

Die Pest in der Mandchurei und Mongolei. Nach Meldungen aus Tokio ist in verschiedenen Gegenden der Mandchurei und Mongolei die Pest ausgebrochen und hat viele Todesopfer gefordert.

300 chinesische Kulis erstickten. Wie aus Kalgan in der Provinz Tschili gemeldet wird, sind 300 Kulis, die von den Truppen der chinesischen Armee gefangen gefesselt waren und in offenen Eisenbahnwaggons nach Peking transportiert werden sollten, während der Fahrt vor Kälte und Hunger gestorben.

26 Tote des Schiffunglücks auf dem Hudson. Zu dem Schiffunglück auf dem Hudson wird noch gemeldet, daß die Zahl der Verunglückten auf 26 erhöht hat. Das schwerbeschädigte Schiff ist gesunken und man nimmt an, daß sich weitere 12 Vermisste noch in den Kabinen befinden.

Für 3,8 Millionen Dollar Alkohol beschlagnahmt. Wie die Morgenblätter aus New York melden, wurde in der Fahrt des amerikanischen Chemikers Mac Kanna, der während des Krieges Präsident des heimischen Untersuchungskomitees war, Alkohol im Werte von 3,8 Millionen Dollar beschlagnahmt. 3 Personen wurden verhaftet.

8 Arbeiter ertranken. Auf der Bahn, oberhalb von San Antonio bei Schienenbauarbeiten ein Schwammloch, auf dem ein Kran aufmontiert war, 8 Arbeiter ertranken.

Schreckensstat eines Wahnsinnigen. Der in einem Hotel in Richmona wohnende ägyptische Arzt Dr. Riffad Ben Jersch in einem Anfall von Geistesgeisteskrankheit seine gesamte Besoldung an englischen Banknoten in Kleinfäden. Als ihn seine Frau daran hindern wollte, perhorreterte er sie mit einem Dachtiegel den Kopf. Er selbst stürzte sich auf die Straße und erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz darauf starb.

Schwerer Autounfall bei Berlin. Auf der Chaussee Waltersdorf-Königswalden hat sich, den Morgenblättern zufolge, am Freitag ein schweres Autounfall ereignet. Das Auto eines Kaufmanns aus Segitz geriet ins Schleudern und mußte so heftig gegen einen Baum, daß es umstürzte und in den Chausseegraben fiel. Der Kaufmann zog sich so schwere innere und äußere Verletzungen zu, daß er bald darauf starb. Sein Begleiter, ein Ingenieur aus Berlin, hat so schwere innere Verletzungen erlitten, daß sein Zustand als bedenklich gilt.